Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksache / Bremische Bürgerschaft, Landtag 8. Wahlperiode, 1971-75

(16.10.1973) Drucksache 8/630

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Landtag
8. Wahlperiode

Drucksache 8 / 630
16. 10. 73

Mitteilung des Senats

In der Anlage legt der Senat den „Halbzeitbericht über die Erfüllung des Regierungsprogramms in der Legislaturperiode 1971 bis 1975" vor.

Der Bericht stellt der — in Programmpunkte aufgegliederten — Regierungserklärung vom 15. Dezember 1971 stichwortartig gegenüber, was in der ersten Hälfte der Legislaturperiode geleistet worden ist und was der Senat sich für die zweite Hälfte der Legislaturperiode vorgenommen hat.

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) wird um Kenntnisnahme gebeten.

Halbzeitbericht über die Erfüllung des Regierungsprogramms in der Legislaturperiode 1971 bis 1975

Aufgaben	Programmpunkt
I Selbständigkeit Bremens erhalten	1 — 3
II Finanzielle Basis sichern	4 — 12
III Alle Einzelentscheidungen in eine Gesamtschau integrieren	13
IV Bildungsreform mit Vorrang vorantreiben	14 — 28
V Schrittmacher im modernen Städtebau	29 — 38
VI Wohnungsbau fortsetzen	39 — 40
VII Verpflichtung zu solidarischen Hilfen	41 — 51
VIII Freizeit, Erholung und Sport	52 — 54
IX Umweltschutz verstärken	55 — 59
X Leistungsfähige Gesundheitsvorsorge und Krankenhilfe sichern	60 — 63
XI Vollbeschäftigung sichern — Wirtschaftskraft steigern	64 — 73
XII Häfen ausbauen	74 — 86
XIII Landesverfassung grundsätzlich überprüfen	87
XIV Schutz für den Bürger verstärken	88 — 94
XV Rechtsschutz für alle Bürger verbessern	95 — 98
XVI Straffällige resozialisieren	99 — 100
XVII Juristenausbildung reformieren	101
XVIII Verwaltungsorganisation straffen und rationalisieren	102 — 106
XIX Verwaltung demokratisieren	107 — 109

Regierungserklärung vom 15. Dezember 1971	geleistet	in Arbeit *)
I. Selbständigkeit Bremens erhalten		
1. Notwendigkeit der Eigenstaatlichkeit unterstreichen	Politische Vertretung Bremens in Bonn durch den Senator für Bundesangelegenheiten	Daueraufgabe; Maßnahmen werden fortgesetzt
	Verstärkte Mitarbeit im Bundesrat	
	Mitarbeit in der Länderbegleitkommission „Neugliederung" und „Verfassungsreform"	
	Einflußnahme auf den Raumordnungsbericht der Bundesregierung	
2. Beziehungen zu den Nachbarn verstärken	Vorsitz Bremens in der Konferenz Norddeutschland für 1972	Weitere Mitarbeit in der Konferenz Norddeutschland
	Jahrestagung 1972 der Konferenz Norddeutschland in Bremen, u. a.:	
	— Verabschiedung eines Aufgabenkataloges für die Zusammenarbeit der vier norddeutschen Länder	
	— Beginn der Standortplanung für Bildungseinrichtungen in Norddeutschland	Arbeiten werden fortgesetzt
	— Gemeinsame Entwicklungsvorstellungen für den norddeutschen Raum	
	— Abstimmung von Umweltschutzmaßnahmen in Norddeutschland; insbesondere Reinhaltung der Gewässer	
	Vorsitz Bremens in der Wirtschafts- und Verkehrsministerkonferenz der Küstenländer für 1972	Weitere Mitarbeit in der Konferenz
	Fortführung der Arbeiten der Gemeinsamen Landesplanung Bremen/ Niedersachsen, u. a.:	Verstärkte Mitwirkung der Legislative
	— Erweiterung des Planungsraumes	Wird fortgesetzt (Daueraufgabe)
	— Erweiterung des Förderungsbereiches	
	— Erhöhung des Aufbaufonds durch beide Länder	
	— Einsetzung des Fachausschusses „Schulplanung"	
	— Bildung einer Arbeitsgruppe „Abfallbeseitigung"	
	— Aufstellung von Richtlinien für den Ausbau von Erholungsgebieten	
	— Bildung einer Arbeitsgruppe „Teufelsmoor"	
	Intensivierung der Zusammenarbeit mit dem Norddeutschen Parlamentsrat	
3. Selbständigkeit verteidigen	Verhandlungen mit der Kommission zur Neugliederung des Bundesgebietes	Stellungnahme zum Bericht der „Ernst-Kommission"

*) **Genereller Hinweis:**

Die Spalte „in Arbeit" enthält Maßnahmen, die bereits begonnen worden sind und die in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode begonnen werden sollen.

Regierungserklärung vom 15. Dezember 1971	geleistet	in Arbeit
II. Finanzielle Basis sichern		
4. Ausgeglichene Haushalte vorlegen	Ausgeglichene Haushaltsrechnungen 1971 und 1972 1972/73 ausgeglichene Haushaltsaufstellungen	Ausgeglichene Haushaltsdurchführung 1973 Haushaltsaufstellung 1974
5. Ausgewogene Finanzplanungen	Ausgewogener Finanzplan 1971 bis 1975 (erstmals mit Investitionsprogramm) Ausgewogener Finanzplan 1972 bis 1976 (mit Investitionsprogramm und erstmals mit globalem Personalprogramm)	Finanzplan 1973—1977 (einschl. Investitions- und Personalprogramm)
6. Tragbare Ausschöpfung der eigenen Steuerkraft	Ab 1. 1. 1972 Erhöhung des Hebesatzes der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital von 240 auf 300 %	
7. Gebühren an die Kostenentwicklung anpassen	Erhöhung der Kanalbenutzungs- und Müllabfuhrgebühren ab 1. 4. 1972 Erhöhung von Verwaltungsgebühren	Gebührenanpassung 1974/75
8. Angemessene Verschuldung	Kreditaufnahmen (Land und Stadtgemeinde Bremen): Ist 1971: 170,0 Mill. DM Ist 1972: 307,2 Mill. DM Soll 1973: 382,0 Mill. DM abzüglich 65,7 Mill. DM Konjunktursperre	Zur Zeit vorgesehen: 1974: 358,0 Mill. DM 1975: 454,0 Mill. DM
9. Größtmögliches Investitionsvolumen	Investitionsausgaben (Land und Stadtgemeinde Bremen): Ist 1971: 453,2 Mill. DM Ist 1972: 499,0 Mill. DM Soll 1973: 590,7 Mill. DM	Zur Zeit vorgesehen: 1974: 712,6 Mill. DM 1975: 701,4 Mill. DM Konjunkturhaushalt: 95,0 Mill. DM In den vorgesehenen Investitionsvolumina sind insgesamt 200,0 Mill. DM für zusätzliche Investitionsmaßnahmen enthalten (1974: 10,0 Mill. DM; 1975: 95,0 Mill. DM; Konjunkturhaushalt: 95,0 Mill. DM). Bei der Aufteilung dieses Aufstockungsbetrages ist vorrangig der Schulbereich zu berücksichtigen.
10. Finanzplanung verfeinern	Aufteilung der Finanzplanung nach Einzelplänen (ab Finanzplan 1972—1976) Ergänzung der Finanzplanung um ein Personalprogramm ab Finanzplan 1972—1976 Vorlage eines Subventionsberichts 1973 Bericht über Grundsätze für Nutzen-Kosten-Untersuchungen	Vorarbeiten für ein längerfristiges Investitionsprogramm; Verknüpfung der Finanzplanung mit der flächenbezogenen Planung; Verstärkte Durchführung von Nutzen-Kosten-Untersuchungen Übernahme der gesamten Finanzplanung auf ADV
11. Konjunkturhaushalt 1972 aufstellen	Konjunkturhaushalt 1972 aufgestellt (36,9 Mill. DM); aus konjunkturpolitischen Gründen kein Vollzug in 1972	Aufstellung eines neuen Konjunkturhaushaltes (95,0 Mill. DM)
12. Finanzausgleich Bremerhaven	Ab 1. 1. 1972 neuer Finanzausgleich	

Regierungserklärung vom 15. Dezember 1971	geleistet	in Arbeit
III. Alle Einzelentscheidungen in eine Gesamtschau integrieren		
13. Integrale Entwicklungsplanung aufbauen	Einrichtung einer Planungsleitstelle ab 1. 9. 1972 Konzeption der Planungsleitstelle zum Aufbau der integralen öffentlichen Planung in Bremen	Aufbau eines Planungssystems
IV. Bildungsreform mit Vorrang vorantreiben		
14. Langfristige Fortentwicklung des Bildungssystems	Schulentwicklungsplan	Regionalisierung des Schulentwicklungsplans Lehrerbildungsgesetz
15. Verstärkte Investitionen im Hochschul- und Schulbereich	Investitionsausgaben 1972/1973 (Ist und geplant): a) Hochschulbereich: 188,1 Mill. DM b) Schulbereich: 191,3 Mill. DM	Vorgesehen in 1974/1975: a) Hochschulbereich: 256,2 Mill. DM b) Schulbereich: 189,7 Mill. DM
	Neu-, Um- und Erweiterungsbauten **)	**Neu-, Um- und Erweiterungsbauten **)**
	G-, H-, R-Schulen 7 Sonderschulen 2 Gymnasien 5 Gesamtschulen, Schulzentren (einschl. Sek. I u. II) 3 Berufs- und Fachschulen 4 Turnhallen***) 8 Mobilbauklassen 88	G-, H-, R-Schulen 11 Sonderschulen 5 Gymnasien 2 Gesamtschulen, Schulzentren (einschl. Sek. I und II) 11 Berufs- und Fachschulen 2 Turnhallen***) 35 Mobilbauklassen 82
	Sanierungsmaßnahmen, kleine Um- und Erweiterungsbauten sowie größere Instandsetzungen	**Sanierungsmaßnahmen, kleine Um- und Erweiterungsbauten sowie größere Instandsetzungen**
	G-, H-, R-Schulen 80 Sonderschulen 13 Gymnasien 15 Gesamtschulen, Schulzentren (einschl. Sek. I u. II) 1 Berufs- und Fachschulen 11	ca. 120 Schulen (entsprechend der ersten Hälfte — genaue Angaben nicht möglich, da jährlich Beschluß der Deputation)
16. Verstärkung der politischen Bildung der Schüler mit einbezogener Unterweisung in Rechts-, Wirtschafts- und Sozialkunde	Einführung des Faches Arbeitslehre in der Hauptschule ab Klasse 7 Pädagogische Herausarbeitung des Gesellschaftsbezugs aller Fachbereiche in der Lern- und Unterrichtsplanung der Gesamtschulen Ausbau des gesellschaftswissenschaftlichen Aufgabenfeldes durch Differenzierung nach Leistungs- und Grundkursen in Gemeinschaftskunde an zwei Gymnasial-Oberstufen Vorarbeiten für die Einführung eines Lernfeldes Rechtskunde in der Gymnasial-Oberstufe Unterrichtsversuche zur Intensivierung der Gemeinschaftskunde in den Jahrgangsstufen 7 bis 10 in drei Gymnasien	**(Langzeitaufgabe)**

**) Mehrere Maßnahmen an einer Schule (z. B. drei Bauabschnitte) wurden jeweils nur einmal gezählt.
***) Mehrfachturnhallen wurden entsprechend den möglichen Einzelturnräumen gezählt.

Regierungserklärung vom 15. Dezember 1971	geleistet	in Arbeit
17. Einschulung der Kinder mit dem vollendeten 5. Lebensjahr (Modellversuche)	Intensivierung der laufenden Modellversuche, z. Z. 10 Klassen	
18. Einführung der integrierten Gesamtschule	Fortführung bzw. Beginn von fünf Schulversuchen Versuchsschwerpunkte zur Strukturierung des Ganztagsbetriebs (soziales Lernen) Wissenschaftliche Beratung der integrierten Gesamtschulen (sozio-kulturelles Umfeld; Lehrerverhalten; Auswertung von Erfahrungsberichten) Aufarbeitung von Problemen der Organisation und der Personalstruktur (Funktionsstellen auf Zeit) Rechtliche Absicherung der Schulversuche (Ergänzung der Zeugnisordnung) Vorarbeiten für ein Fachmoderatorenmodell Einrichtung additiver Schulsysteme in der Sekundarstufe I	**(Langzeitaufgabe)**
19. Einrichtung einer schulartunabhängigen Orientierungsstufe mit den Klassenstufen 5 und 6		Änderung des Schulgesetzes zur Einführung der integrierten Sekundarstufe I Einführung der Orientierungsstufe in 1976
20. Vorbereitung der institutionellen Abtrennung der Sekundarstufe II mit den Klassenstufen 11 bis 13 sowie ihre Zusammenführung in einen neuen Schultyp unter Einbeziehung des berufsbildenden Schulwesens	Planungsarbeiten für die institutionelle Abtrennung der Sekundarstufe II in einer Grundsatzplanungsgruppe und fünf Objektplanungsgruppen	Einrichtung von Schulen der Sekundarstufe II (z. B. im BBZ, Schule an der Alwin-Lonke-Straße, Schule an der Langen Reihe)
21. Verbesserung der beruflichen Bildung	Fortführung der laufenden Unterrichtsversuche (Blockunterricht) Einrichtung von Versuchsklassen für das Berufsgrundbildungsjahr Institutionelle Förderung von Fortbildungseinrichtungen (Erweiterung „Hanseatische Berufsbildungsstätte") Herausgabe der Broschüren „Jugendliche im Beruf" und „Berufliche Fortbildung" Integrationsmodell für Berufsschüler zur Erlangung der Fachhochschulreife (Modell an drei kaufmännischen Berufsschulen 1973 eingeführt) Behebung des Lehrermangels an berufsbildenden Schulen durch entspre-	Ausbau der Versuchsklassen für das Berufsgrundbildungsjahr Förderung Neubau Schulgebäude „Wirtschaftsakademie" Bestellung von Berufs- und Ausbildungsberatern

	geleistet	in Arbeit
	chende Förderung von Fachhochschulabsolventen	
	Mitarbeit an Richtlinien des Bundes zur Förderung überbetrieblicher Ausbildungseinrichtungen	Konzeption für die überbetriebliche Ausbildung in der Wirtschaft im Lande Bremen
22. Sonderschulen weiter entwickeln	Neubau von Sonderschulen für sehbehinderte und für geistig behinderte Kinder	Einrichtung von Ganztagsschulen: Schule am Wandrahm (für geistig Behinderte), Schule an der Louis-Seegelken-Straße (für Körperbehinderte), Schule am Brommyplatz (für Entwicklungsgestörte)
	Ausbau der Schulen Bokellandsweg und Louis-Seegelken-Straße	Neubau von Sonderschulen für entwicklungsgestörte und sprachgeschädigte Kinder
		Entwicklung aller Sonderschulen zu Ganztagsschulen
23. Neues Schulverwaltungsgesetz		Neues Schulverwaltungsgesetz
24. Entlastung der Lehrer von Verwaltungsarbeiten	Fortführung eingeleiteter Maßnahmen (z. B. Einstellung von Laboranten, Bibliothekaren, Lehrwerkmeistern, Werkmeistern)	**(Langzeitaufgabe)**
25. Aufbau der Universität Bremen	Studentenzahlen: WS 71/72: 450 (+ 1250 PH) + 3000 an Fachhochschulen WS 73/74: 3200 (einschl. PH) + 3625 an Fachhochschulen	Etwa 9000 Studienplätze im WS 1975/1976 (einschl. PH und nach der Integration der Fachhochschulen)
	Bestätigung der Vorläufigen Universitätsverfassung vom 20. 6. 1972	
	Aufnahme der Bauvorhaben in die Rahmenpläne nach dem Hochschulbauförderungsgesetz	
	Ratifikation des Länderabkommens zur Sicherstellung der Betriebskosten und der Baukosten der Universität	
	Lehrangebot 12 Studiengänge sowie Lehramtsstudienkombinationen mit jeweils zwei von 17 möglichen Fächern	
26. Errichtung der Gesamthochschule Bremen	Zusammenschluß von PH und Universität durch Gesetz vom 3. 4. 1973	Erlaß eines Gesamthochschulentwicklungsgesetzes
	Verlegung der PH und der Hochschule für Sozialpädagogik und Sozialökonomie auf das Universitätsgelände	Entwurf eines Hochschulgesetzes
	Konzentration der Baumaßnahmen auf die Hochschulstandorte Universitätsgelände, links der Weser und Bremerhaven	
	Errichtung des Sozialwerks für alle Mitglieder der Hochschulen durch Gesetz vom 20. 6. 1972	
	Anmeldung eines Modellversuchs zur Entwicklung integrierter Studiengänge als Kernstück einer Gesamthochschule bei der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung	
	Regelung der inneren Struktur der	

	geleistet	in Arbeit
	Fachhochschulen (Bestätigung der Satzungen von vier Fachhochschulen)	
	Ausbau der Fachhochschulen (Bauvorhaben der Hochschulen für Nautik, für Technik, für Sozialpädagogik und Sozialökonomie; Lehrangebot mit 17 Studiengängen	
27. Erwachsenenbildung verbessern	Neustrukturierung des Gesamtangebotes der Volkshochschule in der Zielrichtung (bzw. im Sinne) eines künftigen Weiterbildungsgesetzes; Systematisierung in 13 Programmbereiche, Vereinheitlichung des Angebotes für den Gesamtbereich Bremen-Stadt und -Nord	Kooperation der Volkshochschule mit weiteren Trägern und Einrichtungen der Weiterbildung
	Kooperation der Volkshochschule mit Hochschulen, DGB und Arbeiterkammer	Abschluß von Kooperationsverträgen zwischen der Volkshochschule und dem DGB sowie zwischen der Volkshochschule und der Arbeiterkammer
	Einrichtung des Planungsbeirates	Institutionalisierung der wissenschaftlichen/universitären Weiterbildung
	Intensivierung der beruflichen, fremdsprachlichen und sozio-kulturellen Weiterbildung	Verabschiedung eines Weiterbildungsgesetzes
28. Kulturelles Angebot ausbauen	Bau des Deutschen Schiffahrtsmuseums Bremerhaven (Eröffnung September 1974 — Kosten 20,2 Mill. DM, davon Bund ca. 50 %)	Sanierung des Überseemuseums
		Erweiterungsbau der Kunsthalle
	Eröffnung des Heimat-Museums Bremen-Nord im Schönebecker Schloß	Umbaumaßnahmen im Theater am Goetheplatz (Verbesserung der Akustik)
		Errichtung und Betrieb eines Kommunalkinos
	Neufassung der Bekanntmachung betreffend den Schutz von Baudenkmälern und Straßen- und Landschaftsbildern	Verabschiedung eines modernen Denkmalschutzgesetzes
	Errichtung eines Institutes zur Pflege der niederdeutschen Sprache	Errichtung eines Kulturarchivs im Staatsarchiv Bremen zum Erwerb, zur Erschließung und Betreuung des aus Nachlässen, Manuskripten, Bremensien usw. bestehenden Materials
V. Schrittmacher im modernen Städtebau		
29. Stadtentwicklungsprogramm verabschieden		Verabschiedung des Stadtentwicklungsprogramms (nach Einarbeitung der Einwohnerzielzahl)
30. Strukturverbesserung und Sanierung alter Stadtteile	Entwurf von Ortsteilkonzeptionen Woltmershausen, Oberneuland, Grambke, Oslebshausen, Findorff-Weidedamm	Abstimmung der Entwürfe und Erarbeitung neuer Konzeptionen (u. a. Seehausen/Hasenbüren, Schwachh., Blumenth./Farge, Horn-Lehe)
	Verbalkonzepte für das Sanierungsgebiet Ostertor-Remberti und das Untersuchungsgebiet Vegesack	Aufstellung Konzeptplanung, Sozialplan, Kostenermittlung, Einzelwettbewerbe, Planung von Durchführungsmaßnahmen
	Vorbereitende Untersuchung für Bremerhaven-Lehe (Abschluß 1974)	Abschluß und Auswertung der Untersuchung
31. Förderung weiterer städtebaulicher Entwicklungsmaßnahmen	Förmliche Festlegung des städtebaulichen Entwicklungsvorhabens Osterholz-Tenever	

Regierungserklärung vom 15. Dezember 1971	geleistet	in Arbeit
	Projektgruppe „Universität/Stadt" eingesetzt	Stadtteilkonzept „Universität/Stadt"
	Architektenwettbewerb und Abschluß eines Vertrages mit der „Neuen Heimat" über das Entwicklungsgebiet City Bremerhaven	Abschluß der Voruntersuchungen für das Columbus-Center
		Planungskonzept Teerhof
32. Verabschiedung einer Grünkonzeption		Vorläufiges Ergebnis der Projektgruppe mit langfristiger Flächennutzungsaussage über Grün- und Erholungsflächen
33. Mitwirkung der Bürger an Bau- und Planungsmaßnahmen	Frühzeitige Diskussion der Bebauungspläne und aller Hoch- und Tiefbauvorhaben mit den Beiräten	**(Daueraufgabe)**
34. Generalverkehrsplan in Ausführung der Verkehrskonzeption	Untersuchungen für Teilbereiche	Generalverkehrsplan (nach Einarbeitung der Einwohnerzielzahl)
		Aufbau Parkleitsystem für die Innenstadt
		Park-and-Ride-System Verkehrsverbund in der Region
35. Ausbau der Stadtbahn	Schwerpunktmäßige Verlagerung der Investitionen auf das schienengebundene Nahverkehrsnetz:	
	Neubau Stadtbahnstrecke Huckelriede—Arsten (27 Mill. DM)	Bau der Stadtbahnstrecke Grolland—Huchting (31,6 Mill. DM)
	Ausbau der Bremerhavener Straße (6 Mill. DM) — Verlegung der Straßenbahn auf besonderen Gleiskörper —	Planung der Stadtbahnstrecke H.-H.-Meier-Allee/Universität
	Kauf von 22 Stadtbahnzügen (20 Mill. DM — Lieferung bis 1974)	
	Einrichtung einer Stadtbahnabteilung beim Amt für Straßen- und Brückenbau	
	Neugestaltung des Vertragsverhältnisses zwischen Stadt und Bremer Straßenbahn AG (Übernahme der Investitionen für Verkehrswege, Betriebsanlagen und Fahrzeuge durch die Stadtgemeinde Bremen)	
36. Ausbau der Eisenbahnstrecke Farge—Vegesack	Auftrag für Verkehrsgutachten	Untersuchung über das zu erwartende Verkehrsaufkommen
	Vorarbeiten für die Aufstellung eines Planungsentwurfs	
37. Ausbau des regional bedeutsamen Straßennetzes	Nordtangente	Anschluß Werderbrücke an Zubringer Arsten; BAB Blocklandstrecke (Reststrecke), Ausbau Parkallee (Schwachhauser Ring—Stern), Ausbau B 74 (Verteilerkreis—Schafgegend); Verlängerung Zubringer Arsten bis Neuenlander Straße; BAB-Zubringer Freihafen;
	Ausbau Hafenrandstraße zw. Waller Ring und Jadestraße	
	Ausbau Parkallee (Uni—Schwach. Ring)	
	Erneuerung BAB — Blocklandstrecke (Teilstrecken)	
	B 75 (Grolland/Huchting)	BAB-Zubringer H.-H.-Meier-Allee einschl. Anschluß Horn-Lehe; BAB-Umgehung Bremerhaven

Regierungserklärung vom 15. Dezember 1971	geleistet	in Arbeit
		Ausbau B 74 (Wohldstraße/Lüssumer Straße) Planung der Osttangente mit Mozartbrücke
38. Erweiterung der Fußgängerzone in der Bremer City und im Kernbereich Vegesacks	Fußgängerzone Bremen-Stadt 1. Phase (Sögestraße, Südseite Marktplatz, Hakenstraße, Nordseite Obernstraße)	Fußgängerzone Bremen-Stadt 2. Phase (Südseite Obernstraße, Papenstraße, Pieperstraße, Kreyenstraße, Domshof, Liebfrauenkirchhof) Planung Fußgängerzone Vegesack
VI. **Wohnungsbau fortsetzen**		
39. Förderungsprogramm für 12 000 Wohnungen	Aufnahme von 4625 Wohnungen in „voll"geförderte, von 1515 Wohnungen in „teil"geförderte Wohnungsbauprogramme Wohnungsdefizit früher als erwartet abgebaut	Fortsetzung des Wohnungsbauprogramms bei quantitativer Reduzierung unter Beibehaltung des finanziellen Volumens mit a) qualitativer Verbesserung der Wohnungen nach Standort, Grundriß und Ausstattung b) erhöhtem Anteil an Eigentums- und Wohnbesitzwohnungen c) Berücksichtigung veränderter Gruppenbedürfnisse (z. B. kinderreiche Familien, Gastarbeiter)
	Grundsätze Wohnungsbaukonzeption	Mittelfristige Wohnungsbaukonzeption
40. Förderung des Winterbaus	Winter 71/72 und 72/73 je 1000 Wohnungen und sonstige Maßnahmen im Winterbau	
VII. **Verpflichtung zu solidarischen Hilfen**		
41. Systematische Sozialplanung für Stadtteile und Wohngebiete	Projekt- und Standortplanungen der Projektgruppen „Jugendfreizeitheim Blockdiek" u. „Gemeinschaftszentrum Obervieland"	Projektgruppenplanung „Neue Vahr"
42. Kinderspielplätze	Ständige Berücksichtigung bei der Bauleitplanung	
	Ortsgesetz über Kinderspielflächen in der Stadtgemeinde Bremen vom 3. 4. 1973	Ausführung des Ortsgesetzes vom 3. 4. 1973
	Änderung der Wohnungsbauförderungsbestimmungen vom 5. 3. 1973 (Gemeinschaftseinrichtungen)	
	7 Plätze neu errichtet (Max-Jahn-Weg, August-Bebel-Allee, Großer Kurfürst, Kamphofer Damm, Hinter den Ellern, St.-Gotthard-Straße, Stadtgarten Vegesack)	10 Plätze
	Spielplatzplanung „Bremer Spielplatzreport" mit Spielplatzplanung	
43. Kindergärten und Kindertagesheime	Erweiterung des Platzangebotes durch neue Einrichtungen (Stadtgemeinde: 5 — aus 1971 — 2 Einrich-	Stadtgemeinde 14, freie Träger 6 Einrichtungen

Regierungserklärung vom 15. Dezember 1971	geleistet	in Arbeit
	tungen für behinderte Kinder; freie Träger: 3 und 1 Einrichtung für behinderte Kinder)	Entwurf eines Kindergartengesetzes
44. Wissenschaftlich begleitete Modellversuche für qualitative Verbesserung der Arbeit in Kindergärten und Kindertagesheimen	Erster Durchgang der Modellversuche zur vorschulischen Erziehung abgeschlossen	Zweiter und dritter Durchgang der Modellversuche Modellversuch zur Förderung sozial benachteiligter Gruppen (8 Gruppen in zwei Kindertagesheimen) Rahmenplan für die Arbeit in Aufbau- und Vermittlungsgruppen Richtlinien für die Zusammenarbeit mit Eltern und Elternbeiräten
45. Jugendeinrichtungen mit offenen Freizeit- und Bildungsangeboten		Bau von 3 Jugendfreizeitheimen
46. Intensivierung der außerschulischen Jugendbildungsarbeit	Bildung eines Beirates beim Senator für Jugend, Soziales und Sport Einstellung hauptamtlicher Bildungsreferenten	Entwurf eines Jugendbildungsgesetzes
47. Verbesserung und Erweiterung sozialpädagogischer Hilfen	Verbesserung der Arbeitsbedingungen in sozialpädagogischen Einrichtungen durch Zubilligung von 1 Stunde Vorbereitungszeit täglich	Weitere 1½ Stunden Vorbereitungszeit
	Vorlage des 3. Berichtes des Arbeitskreises „Hilfen für drogengefährdete und drogenabhängige Jugendliche"	Bericht der Projektgruppe Hemelingen über Durchführung der Gemeinwesenarbeit Weitere Planstellen für hauptberufliche Erziehungsbeistände
48. Starthilfe für aus Osteuropa übersiedelnde Deutsche	Integrationszentrum Osterholz	Integrationszentrum Grohner Düne
49. Hilfen für ältere Mitbürger	Förderung von 207 Alten- und Altenpflegeheimplätzen freier Träger Förderung der Sanierung von 160 Heimplätzen Erarbeitung des „Altenplans 1973"	Förderung von weiteren 196 Heimplätzen Umsetzung des „Altenplans" (offene Hilfen, Dienstleistungszentren, Heime)
50. Hilfen zur Resozialisierung Gefährdeter und Rehabilitation Behinderter	Eingliederung der Bewohner der Notunterkünfte: U-Lager, Bahnhofsbunker, Zigeunerlager Warturm — in Normalwohnungen bzw. Heime Errichtung einer Arbeitswerkstatt mit 75 Plätzen Errichtung von Auskunfts- und Beratungsstellen für Rehabilitation und zur Koordinierung der Maßnahmen	Ablösung der Notunterkunft im Bunker Mühlenhauser Weg durch Heimbauten Förderung des Männerwohnheims Rauerstraße Modernisierung des Versorgungsheims Buntentorsteinweg Planung eines Berufsbildungswerkes für behinderte Jugendliche Bau der Behindertenwerkstatt Bremen-Nord mit 400 Plätzen Neubau als Ersatz für das Lager Industriehafen Modernisierung des für besonders einkommensschwache Familien errichteten Bauvorhabens Hinter den Ellern

Regierungserklärung vom 15. Dezember 1971	geleistet	in Arbeit
51. Förderung freier Träger der Sozial- und Jugendhilfe	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Totalisatoren und Lotterien vom 15. 5. 1973 — Brem.GBl. Seite 108 (zusätzliche Abgabe von 1 Prozent für die Volkshilfe)	
	Verstärkte Förderung von Bürger- und Elterninitiativen	
	Zuschüsse für Einrichtungen freier Träger (vgl. 43, 49, 50)	Weitere Zuschüsse im Rahmen der Errichtung von Kindertagesstätten und des Altenplanes
VIII. **Freizeit, Erholung und Sport**		
52. Erweiterung des Angebotes an Sport- und Freizeitstätten	Laufende Ausweisung des Bestandes an Erholungsflächen in Bremen	Bericht über Kleingartensanierung
	Ausweisung von Erholungsgebieten um Bremen im Rahmen der Gemeinsamen Landesplanung Bremen/Niedersachsen	Planerische und organisatorische Voraussetzungen für die Errichtung von Freizeitparks im nds. Umland
	Errichtung Uferpark Rablinghausen	
	Ausbau von Baggerseen zu Badeseen (1. Bauabschnitt: Achterdieksee, Bultensee, Uni-See)	Weiterer Ausbau: Achterdieksee, Bultensee, Uni-See
		Ausbau Waller-Feldmark-See
53. Gemeingebrauch an Seen und Freizeitanlagen rechtlich sicherstellen	Novelle zum Bremischen Wassergesetz vom 15. 5. 1973 (Brem.GBl. Seite 106)	Anpassung des Bremischen Wassergesetzes an die 4. Novelle Wasserhaushaltsgesetz
		Aufstellung eines Kataloges der Uferstrecken mit dem Ziel der zügigen Freimachung für die Öffentlichkeit
54. Sportanlagen ausbauen	Bau Bezirkssportanlage Blockdiek	Weiterbau von Bezirkssportanlagen (insbesondere Hemelingen und Huchting), Beginn des Baus der Anlagen Oeversberg und Kattenturm
	1. Bauabschnitt Wassersporthafen Hasenbüren	Weiterer Ausbau Wassersporthafen Hasenbüren
	1. und 2. Bauabschnitt Ausbau Weserstadion	3. Bauabschnitt Ausbau Weserstadion
	Bau von 4 Spielhallen	Bau von 7 Spielhallen bis 1975
	Bau von 8 Umkleideräumen	Bau von 4 Umkleideräumen
		Bau Hallenbad „Bremer Westen"
		Bau von Sportstätten auf dem Universitätsgelände
IX. **Umweltschutz verstärken**		
55. Umweltgefahren bewußt machen	Umweltschutzbericht mit Materialiensammlung	Fortschreibung des Umweltschutzberichts (Stufenplan)
	Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit (Schülerwettbewerb 1972; Herausgabe von Umweltschutzinformationen; Ausstellung „Mensch und Umweltkrise" April/Mai 1973)	
	Aktion „Grünes Bremen"/Aktion „Haltet das Wasser rein"	
56. Gesetzliche Möglichkeiten für den Umweltschutz	Erste Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zum Schutze vor Luftverunreinigungen, Geräuschen und Erschütterungen (Verhütung von	Zweite Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zum Schutze vor Luftverunreinigungen, Geräuschen und Erschütterungen (Auswurfbegrenzung

Regierungserklärung vom 15. Dezember 1971	geleistet	in Arbeit
	Luftverunreinigungen durch Feuerungsanlagen)	von chemischen Reinigungsanlagen) Erlaß eines Landes-Abfallbeseitigungsgesetzes und Novellierung der Landesbauordnung
57. Kontrolle der Immissionsbelastungen durch die Industrie	Regelmäßige Immissionsmessungen (Schwefeldioxyd; andere gasförmige Luftverunreinigungen; Staubniederschlag) Ermittlung der Immissionsbelastungen bei Industrieansiedlungsprojekten	Wärmelastplan für die Weser; Einrichtung einer Meßstation im Rahmen des Wärmelastplanes Weser
58. Ausbau der Müllbeseitigungsanlagen	Anlage der Mülldeponie Blockland	Erweiterung der Müllverbrennungsanlage um eine vierte Kesseleinheit Untersuchung der Sonderabfallbeseitigung (gemeinsam mit Niedersachsen) Problem: Beseitigung klinischen Mülls
59. Zukunftsichernde Beiträge für die Abwasserbeseitigung	Ortsgesetz über die Entwässerung der Grundstücke in der Stadtgemeinde Bremen Kanalbaustufenplan vom März 1973 Fertigstellung der Kläranlage Farge (einschl. biologischer Reinigungsstufe) Ausbau Klärwerk Seehausen: Bau von zwei Schlammeindickern einschl. Pumpwerk; Fertigstellung der Druckrohrleitung zum Anschluß der Neustadt Neubau von rund 50 km Kanalleitungen (u. a. in Arbergen, Osterholz, Oberneuland, Obervieland, Borgfeld, Huchting, Bremen-Nord) Sanierungsarbeiten am Kanalnetz (u. a. Großsammler Parkallee; Hebewerk und Speicherbecken „Krimpel"; Innenstadt)	Allgemeine Bestandsaufnahme der Industrieabwässer Maßnahmenkatalog für die bessere Reinigung von Industrieabwässern Ausführung des Kanalbaustufenplanes Bau von zwei Faulschlammbehältern für das Klärwerk Seehausen und Einrichtung der biologischen Reinigungsstufe Versuchsprogramm Bremen-Nord für die optimale Reinigung von Industrieabwässern
X. **Leistungsfähige Gesundheitsvorsorge und Krankenhilfe sichern**		
60. Ausbau der Krankenanstalten und Fortsetzung des inneren Strukturwandels	Langzeitplanung für die bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung (Krankenhausbedarfsplan; Krankenhausbauprogramm) Sachverständigengutachten zur inneren Struktur der kommunalen Krankenhäuser Intensivierung der Aus- und Fortbildung des Personals (u. a. durch Herausnahme der Krankenpflegeschüler aus dem Schwesternschlüssel) Sanierung Zentralkrankenhaus St.-Jürgen-Straße (Apotheke, Blutbank, Hygieneinstitut)	Ausbau der Schulen und Lehranstalten der medizinischen Hilfsberufe (Umbau MTA-Lehranstalt Bremerhaven; Erweiterung Krankenpflegerschule St.-Jürgen-Straße; Neubau Krankenpflegerschule Bremen-Ost) Größere Bauvorhaben mit Fertigstellung bis Ende der Legislaturperiode: Neubau HNO-Klinik Neubau Kinderchirurgie Neubau Rotes-Kreuz-Krankenhaus Neubau Strahleninstitut

Regierungserklärung vom 15. Dezember 1971	geleistet	in Arbeit
61. Krankenhausneubau in Bremerhaven	Baubeginn Krankenhaus Bremerhaven-Reinkenheide	Fertigstellung bis Frühjahr 1977 (120 Mill. DM)
62. Modernes psychiatrisches Krankenhaussystem im Lande Bremen	Baubeginn Krankenhaus Bremen-Ost	Voraussichtliche Fertigstellung 1977 (1. Bauabschnitt: Klinischer Neubau) mit Gesamtkosten von 101,8 Mill. DM Novellierung des bremischen Unterbringungsgesetzes Rahmenplan für psychiatrisches Krankenhaussystem mit extramuralen Diensten
63. Vorsorge und Früherkennung von Krankheiten	Stoffwechseluntersuchungen bei Neugeborenen Aufklärung der Bevölkerung über gesetzliche Vorsorgeuntersuchungen (insbesondere Krebs-Vorsorgeuntersuchungen)	Erprobung geeigneter Methoden für groß angelegte Vorsorgeuntersuchungen Ausbau der Schwangerenberatung Schaffung eines Kinderzentrums für die Erfassung der Risikogeburten, Überwachung der Risikokinder, Früherkennung körperlicher und geistiger Behinderungen, Frühbehandlung
XI. **Vollbeschäftigung sichern — Wirtschaftskraft steigern —**		
64. Arbeitsmarktpolitik	a) Analysen und Prognosen zur Arbeitsmarktentwicklung im Lande Bremen (Materialien zu bremischen Arbeitsmarktfragen — Bestandsaufnahme; Gutachten „Der Arbeitsmarkt im Lande Bremen 1970 und 1980" zusammen mit der Arbeiterkammer Bremen; Bericht über Lage und Aussichten der in Industrie und Handel beschäftigten Arbeiter und Angestellten)	Arbeitsmarktpolitische Konzeption für das Land Bremen Prognose einer mittelfristigen Beschäftigungsentwicklung auf der Grundlage empirischer Daten
	b) Hilfen zur Sicherung der Arbeitsplätze: Hilfen für die Schaffung von Dauerarbeitsplätzen Verstärkte Förderung der Beschäftigung älterer Arbeitnehmer (erhöhter Mitteleinsatz; Verwaltungsvereinbarung mit dem Landesarbeitsamt Niedersachsen-Bremen über eine Aufstockung der Bundesmittel nach § 54 AFG; Absicherung durch Mustergrundstücksvertrag bei Industrieansiedlung) Gründung eines Landesarbeitskreises für Arbeitssicherheit	**(Daueraufgabe)**
	c) Betreuung ausländischer Arbeitnehmer: Errichtung eines Landeskoordinierungskreises zur Betreuung ausländischer Arbeitnehmer Förderung der bei der Arbeiterkammer Bremen bestehenden Ar-	**(langfristige Aufgabe)** Entwicklung einer Konzeption für die Beschäftigung und Integration ausländischer Arbeitnehmer im Lande Bremen

Regierungserklärung vom 15. Dezember 1971	geleistet	in Arbeit
	beitsgemeinschaft zur Betreuung ausländischer Arbeitnehmer	
	Informationsbroschüre für ausländische Arbeitnehmer in sieben Sprachen	
65. Maßnahmen zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur	a) Stadt Bremerhaven:	
	Verabschiedung des Struktruprogramms Bremerhaven (21. 10. 1972)	
	Fortschreibung des Rahmenplans der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (Bremerhaven)	Fortentwicklung dieses Rahmenplanes
	Ansiedlung von sechs industriellen Betrieben mit 581 neuen Arbeitsplätzen, Erweiterung von 12 industriellen Betrieben mit 864 zusätzlichen Arbeitsplätzen in Bremerhaven	Vereinheitlichung der Stromversorgung in Bremerhaven
	Erwerb und Erschließung von Industriegelände in Bremerhaven (insbesondere Aufspülung Luneort — rd. 7,7 Mill. DM)	Erwerb und Erschließung von Industriegelände in Bremerhaven in weiterer Ausführung des Strukturprogramms (Aufwendungen von insgesamt 25 Mill. DM in der laufenden Legislaturperiode)
	b) Stadt Bremen	
	Erschließungskonzept Niedervieland	Ergänzung Erschließungskonzept Niedervieland (Entwicklung der Ortsteilkonzeption für Seehausen/Hasenbüren)
	Grunderwerb und Erschließungsmaßnahmen im Gewerbegebiet Niedervieland (Beginn der über das Jahr 1980 hinaus fortzuführenden Maßnahmen)	
	Grunderwerb und Erschließungsmaßnahmen in kleinen und mittleren stadtbremischen Gewerbegebieten (Arsten, Aumund-Hammersbeck, Bayernstraße, Blumenthal, Gelsenkirchener Straße, Grambker Schleife, Hemelinger Häfen, Im Grambker Dorf, Osterholz-Mahndorf — Aufwendungen bis Ende 1973: 18,9 Mill. DM)	Grunderwerb und Erschließungsmaßnahmen in weiteren kleineren und mittleren Gewerbegebieten (u. a. Funkschneise, Habenhausen, Hastedter Linse, Im Holter Felde, Huchtinger Heerstraße — bis Ende 1975 weitere Aufwendungen von 27,5 Mill. DM)
	37 An- und Umsiedlungen gewerblicher Betriebe in Bremen (Stadt) mit 415 gesicherten und 879 neuen Arbeitsplätzen	Erschließungskonzept Werderland
	Neuregelung der Ansiedlungsbedingungen (Mustervertrag „Verkauf")	Mustervertrag „Erbbaurecht"
		Ausbau der Stadthalle Bremen
	Durchführung von Kosten-Nutzen-Analysen bei Neuansiedlung von Industriebetrieben	
	c) Land Bremen/Unterweserraum	
	Fortführung der Verhandlungen mit Niedersachsen über Industrieansiedlung auf der Luneplate (Luneplaten-Kommission)	Strukturprogramm für das Land Bremen

Regierungserklärung vom 15. Dezember 1971	geleistet	in Arbeit
66. Sektorale Wirtschaftsstrukturpolitik		
a) Unterstützung der Entwicklung zukunftweisender Produktionszweige	Finanzhilfen zur Realisierung des Programms VFW 614 (Zinszuschuß zur Entwicklungskostenvorfinanzierung durch den Bund; Bürgschaftshilfe für die Serienproduktion)	
	Verhandlungen mit dem Bund über Entwicklungsaufträge für VFW-Fokker und um Beteiligung der ERNO am Apollo-Nachfolgeprogramm	
	Konzentration von Forschungsgruppen für angewandte Materialforschung bei der AFAM (Arbeitsgruppe für angewandte Materialforschung) in Bremen-Lesum	
	Gründung einer Arbeitsgemeinschaft für Meerestechnik	
	Mitarbeit und finanzielle Unterstützung für die Gesellschaft für Kernenergieverwertung in Schiffbau und Schiffahrt (GKSS)	
b) Unterstützung der Erweiterung der Nahrungs- und Genußmittelindustrie	Ansiedlung neuer Betriebe	Fortführung der Hilfen und Programme für die Nahrungs- und Genußmittelindustrie
	Fortsetzung des Molkereistrukturprogramms	
	Teilnahme an der „Grünen Woche" Berlin	
	Erweiterung der Fleischwarenindustrie	
c) Unterstützung für die Anpassung wichtiger Branchen an Nachfrageveränderungen	Bürgschaft für die Errichtung eines Hochofens für die Warmbreitbandstraße der Klöcknerhütte	
	Finanzierungsprogramme im Rahmen des Anpassungsprogramms Werftinvestitionen bei verschiedenen Werften	
	Förderung von Anpassungsinvestitionen im Zusammenhang mit dem Abbau der Werfthafenbrücke in Bremerhaven	
d) Unterstützung des Schiffbaus	Fortführung von Finanzierungsmaßnahmen im Schiffbausektor	Ausbau der Schiffbau-Reparaturkapazität in Bremerhaven
	Durchführung eines Froster-Neubauprogrammes für 13 Einheiten und eines Frischfischfänger-Abwrackprogrammes	
	Durchführung eines Kutter-Neubauprogrammes	Fortführung des Kutter-Neubauprogramms zur Erneuerung der gesamten Kutterflotte in Bremerhaven (bis 1982)
67. Lösung von Problemen der Fischwirtschaft	Ständiger Meinungsaustausch mit den anderen Küstenländern und dem Bund, eigene Aktivitäten zur Lösung des Island-Problems	Fortführung der Arbeit an der Lösung fischwirtschaftlicher Probleme
	Mitberatung der Durchführungsverordnung zur Fischmarktordnung	Änderung der Fischmarktordnung
	Einbeziehung in die Finanzierungsmaßnahmen des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds	

Regierungserklärung vom 15. Dezember 1971	geleistet	in Arbeit
68. Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes	Fortschreibung des Rahmenplanes der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" Stärkung der Erzeugergemeinschaften der Fischwirtschaft Verbesserung der Vermarktungseinrichtungen der Molkerei-, Schlachtvieh-, Obst- und Gemüsewirtschaft Wasserwirtschaftliche und kulturbautechnische Maßnahmen (u. a. Vorfluter und Polder für rd. 460 ha landwirtschaftliche Nutzfläche) Hochwasserschutzanlagen an Weser und Lesum	Fortentwicklung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes"
69. Förderung der Landwirtschaft	Fortführung des Nebenerwerbssiedlungsprogramms Förderung landwirtschaftlicher Vollerwerbsbetriebe (insbesondere Gartenbau) durch einzelbetriebliche Förderungsmaßnahmen und durch die Aussiedlung von Gartenbaubetrieben	**(Langzeitaufgabe)**
70. Förderung kleiner und mittlerer Betriebe	Zinsbeihilfen an kleine und mittlere Betriebe Bürgschaften im Rahmen der Bürgschafts- und Kreditgarantiegemeinschaften Gründung der bremischen Beteiligungsgarantiegemeinschaft	**(Langzeitaufgabe)** Überprüfung und Fortentwicklung des Förderungsprogramms in Auswertung des Gutachtens der Wirtschaftskammer Verstärkte Beratungshilfen
71. Stellung des Verbrauchers stärken	Verstärkte Öffentlichkeitsarbeit Erarbeitung von Lehrplänen für das Fach „Arbeitslehre", Ausbau des verbraucherkundlichen Unterrichts an den Schulen Beteiligung der Verbraucherselbsthilfeeinrichtungen an der „Hafa" Verstärkte Ahndung von Mietpreisüberhöhungen (§ 2 b Wirtschaftsstrafgesetz)	Ausbau der Ernährungsberatung Verstärkung der Rechtsberatung der Verbraucher Zusammenfassung der Verbraucherberatungsstellen in einem „Haus des Verbrauchers" Verstärkte finanzielle Förderung der Verbraucherselbsthilfeeinrichtungen
72. Verstärkung des Handelsaustausches mit der DDR und den osteuropäischen Ländern	Teilnahme an der Leipziger Messe Verhandlungen mit polnischen und rumänischen Regierungsstellen zum Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen Teilnahme an der Messe in Posen Gründung eines deutsch-polnischen Gemeinschaftsunternehmens in Bremerhaven Verhandlungen über Beteiligung einer bremischen Reederei an einem deutsch-polnischen Gemeinschaftsdienst	**(Langzeitaufgabe)** Bremische Wirtschaftstage in Polen
73. Exportförderungsseminare für Führungskräfte der Entwicklungsländer	Exportförderungsseminar für Praktikanten aus Entwicklungsländern durch den BAW aufgrund einer Vereinbarung m. d. BMZ Schwerpunktmäßiger Ausbau d. Ex-	Fortführung der begonnenen Maßnahmen

Regierungserklärung vom 15. Dezember 1971	geleistet	in Arbeit
	portförderungsseminare in Bremen unter Einbeziehung fremdsprachlicher Kurse	
XII. **Häfen ausbauen**		Hafenentwicklungsplan (Veröffentlichung Ende 1973)
74. Vollendung von Großbauvorhaben	Dritter Liegeplatz des Containerterminals Bremerhaven fertiggestellt (59 Mill. DM) Ro-Ro-Anlage im Europahafen Bremen gebaut (4,6 Mill. DM) Ausbau der Getreideanlage (Richtfest 24. 5. 1973, Fertigstellung 1974, 25,8 Mill. DM)	
75. Ausbau der Lash-Anlagen in Bremerhaven und Bremen	Ausbau der Lash-Anlage in Bremerhaven (8,8 Mill. DM)	Ausbau der Lash-Anlage und der Binnenschiff-Liegeplätze in Bremen (11,5 Mill. DM)
76. Schaffung weiterer großflächiger Umschlaganlagen im Neustädter Hafen		Vorbereitungsarbeiten für den Ausbau der Ostseite des Beckens II (in Abhängigkeit vom Hafenentwicklungsplan)
77. Sonstige Hafenbaumaßnahmen	Maßnahmen für 12 Mill. DM	Umbau der Columbuskaje Grundüberholung der Geeste-Kaje
78. Unterstützung von Privatinitiativen zur Steigerung der Leistungsfähigkeit der Häfen	Ausbau der VW-Umschlagsanlage in Bremen (nahezu abgeschlossen — 6,2 Mill. DM) Verlängerung der Kaje an der Ostseite des Fischereihafens II (3,94 Mill. DM) Förderung der Roland-Umschlaganlage	Herrichtung der westlichen Ufermauer am Kaiserhafen I
79. Sicherung der Arbeitsplätze in den stadtbremischen Häfen und Anhebung der sozialen Stellung des Hafenarbeiters	Sicherung der Arbeitsplätze durch umfangreiche Investitionen zur Schaffung neuer Anlagen durch Mittel der Stadt, der BLG und der FBG Zusammenlegung der Garantielohnkassen Bremerhaven und Bremen	**(Daueraufgabe)**
	Bildung einer Kommission aus Vertretern der Hafenarbeitgeber und der Gewerkschaft ÖTV	Derzeitiger Beratungsgegenstand: Anerkennung der Tätigkeit des Hafenarbeiters als Umschulungsberuf
80. Abbau bestehender Wettbewerbsverzerrungen	Initiativen für Maßnahmen des Bundes (z. B. Änderung der Besteuerung von Sattelaufliegern; Harmonisierung der Dieselölbesteuerung innerhalb der EG; EG-einheitliche Abgaben für die Benutzung der Binnenwasserstraßen)	Fortsetzung der Bemühungen um gleiche Wettbewerbsbedingungen für die deutschen Seehäfen innerhalb der EG
81. Verbesserung der Hinterlandverbindungen der Häfen	Einflußnahme auf Bund und Niedersachsen auf beschleunigte Fertigstellung der BAB-Strecke in Richtung Bremerhaven	Weitere Bemühungen
82. Neun-Meter-Ausbau der Unterweser	Ermöglichung eines beschleunigten Neun-Meter-Ausbaus der Unterweser durch bremische Vorfinanzierung	

Regierungserklärung vom 15. Dezember 1971	geleistet	in Arbeit
83. Zwölf-Meter-Ausbau der Außenweser	Zwölf-Meter-Vertiefung der Außenweser durch den Bund abgeschlossen	Maßnahmen zur Sicherung des Zwölf-Meter-Ausbaus
84. Ausgleich für die Seeschiffahrt in Zusammenarbeit mit Bund und Küstenländern	Sieben-Punkte-Erklärung der Verkehrsministerkonferenz unter Federführung Bremens im September 1972 Tankerprogramm des Bundes Neubauförderungsprogramm des Bundes Novellierung der Sozialvorschriften für Seeleute durch den Bund	Fortsetzung der Bemühungen um weitere Bundesmaßnahmen zur Erhaltung bzw. Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Handelsflotte; Beiträge zur Erstellung eines Konzepts für eine deutsche Seeschiffahrtspolitik
85. Beteiligung Bremens am Ausbau des Küstenkanals und des Mittellandkanals	Ausbau des Küstenkanals bis auf Schleuse Oldenburg abgeschlossen Für den Ausbau des Mittellandkanals stehen Haushaltsmittel zur Verfügung (Bau: Nord-West-Kanal GmbH).	
86. Flughafen den technischen Entwicklungen anpassen	Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft vom 5. 6. 1973 (Drucksache 8/544) über den Flughafen Bremen Bau eines Lärmschutzzaunes	**(Langzeitaufgabe)** Genehmigungs- und Planfeststellungsverfahren Beschaffung von Fluglärmmeßgeräten
XIII. **Landesverfassung grundsätzlich überprüfen**		
87. Änderung der Landesverfassung	Ständige Beteiligung der zuständigen Ressorts an den Arbeiten des Ausschusses der Bürgerschaft zur Überprüfung der bremischen Landesverfassung (bisher verabschiedet: Ausbau des parlamentarischen Fragerechts und der Rechte der Deputierten)	
XIV. **Schutz für den Bürger verstärken**		
88. Ausbau der bremischen Polizeien	Gemeinsam mit dem Bund und den anderen Bundesländern Verabschiedung des ersten Teils eines Programms für die innere Sicherheit Erarbeitung einer Organisations- und Arbeitsanalyse im Bereich der Schutzpolizei (bis 1974)	Ergänzung des Programms für die innere Sicherheit
89. Bessere Personalausstattung der Polizei		Anpassung der Struktur der Landespolizeischule an die Bildungsgänge im allgemeinbildenden Bereich (Berufsaufbauschule; Fachoberschule)
	Abkommen über die einheitliche Ausbildung der Anwärter für den höheren Polizeivollzugsdienst und über die Polizeiführungsakademie (am 1. 1. 1973 in Kraft getreten) Verbesserung des Personalauslese-verfahrens für Polizeibewerber zum Laufbahnwechsel Neufassung der Prüfungsordnung für die Landespolizeischule Entwurf eines gemeinsamen Ausbildungserlasses des Senators für In-	Abkommen über Aufgaben und Finanzierung der WSP-Schule Hamburg

	geleistet	in Arbeit
	neres sowie des Senators für Rechtspflege und Strafvollzug über wechselseitige Einweisung von Kriminalbeamten und Staatsanwälten in die jeweiligen Arbeitsgebiete (s. auch Ziffer 97)	
	Verstärkte Personalwerbung unter Einschaltung einer Werbeagentur	
	Auffüllung der Fehlstellen bei der Polizei (Einstellungsjahrgang 1973 mit 175 Anwärtern gegenüber durchschnittlich 100 in den Vorjahren); Einstellung von Bewerbern aus freien Berufen; Entlastung der Exekutivbeamten vom Bürobetrieb	Weitere Auffüllung von Fehlstellen
	Basisverbreiterung des gehobenen Dienstes bei der Polizei (Maßnahme wird fortgesetzt)	
		Vermehrtes Personal für die Kripo im Bereich Wirtschaftskriminalität
	Ausbildung „lebensälterer Bewerber" für den gehobenen Polizeivollzugsdienst in Sonderlehrgängen	Aufstellung einer Einsatz-Hundertschaft
		Personeller Ausbau der Landespolizeischule
	Qualitative und quantitative Verbesserung der Schießausbildung	Ausbau des Schießstandes Borgfeld
90. Moderne Sachausstattung der Polizei	Neubau eines Polizeidienstgebäudes in Vegesack (21. Polizeirevier/3,6 Mill. DM)	
	Neubau eines seegehenden Bootes der Wasserschutzpolizei (2,3 Mill. DM/ Liefertermin: Sommer 1974)	
	Spezialausstattung der Polizei mit Geräten für die Terroristenbekämpfung (bis 1974)	Aufbau eines Informationssystems (Umstellung der Einwohnerkartei auf EDV; Vergabe eines Personenkennzeichens; Erfassung des Kfz-Bestandes durch EDV)
	Um- und Erweiterungsbau der Sporthalle der Bereitschaftspolizei (1 Mill. DM)	
	Verbesserung der Ausstattung der Polizei mit Kraftfahrzeugen, Fernmelde- und sonstigem Gerät (u. a. Erneuerung der Fernsprechzentrale und der Fernschreibleitvermittlung für rd. 5 Mill. DM)	Weitere Verbesserung der Ausstattung der Polizei mit Kfz, Fernmelde- und sonstigem Gerät
	Anschluß der Polizei Bremen und Bremerhaven an die Kfz-Fahndung Niedersachsens über DV-Anlagen	Anschluß der Polizei Bremen und Bremerhaven an das Personenfahndungssystem des Bundeskriminalamtes über DV-Anlage
91. Konzentration der Polizei auf Gefahrenabwehr statt auf Ordnungsaufgaben	Beteiligung an den Forschungsaufträgen der Innenminister „Berufsbild der Polizei" und „Soziale Lage der Polizei"	Novellierung des Polizeigesetzes auf der Grundlage eines bundeseinheitlichen Modellentwurfs
	Aktion „Schützen und Helfen" zur Veränderung des traditionellen Bildes der Polizei als Ordnungshüter (u.a . berufskundliches Praktikum für Schüler)	Weitere Verstärkung der Hilfskräfte zur Kontrolle des „ruhenden Verkehrs" und langfristige Planung in der Abgabe von „polizeifremden Aufgaben"

Regierungserklärung vom 15. Dezember 1971	geleistet	in Arbeit
92. Erhöhung der Verkehrssicherheit	Schutzmaßnahmen für die Sicherheit der Schulwege	Weiterer Ausbau der Verkehrslichtzeichenanlagen
	Ausbau der Verkehrslichtzeichenanlagen	Fortführung der Aktion SOS „Mehr Sicherheit für Fußgänger und Radfahrer"
	Aktion SOS „Mehr Sicherheit für Fußgänger und Radfahrer"	
93. Ausbau der Feuerwehren und des Rettungsdienstes	Verbesserung des Unfallrettungsdienstes in der Neustadt durch Stationierung eines zweiten Notarztwagens	Bau eines seegehenden Feuerlöschbootes für Bremerhaven
	Erweiterungsbau Feuerwache 2 und Instandsetzung von Gerätehäusern der Freiwilligen Wehren (1,2 Mill. DM)	Erneuerung der Fernsprechzentrale bei der Feuerwache 1 (450 000 DM)
	Änderung der Durchführungsverordnung zum Feuerschutzgesetz (Rechtsstellung der freiwilligen Helfer)	
		Mitarbeit am Bundesrahmengesetz über den Rettungsdienst sowie am Bundesgesetz über den Beruf des Rettungssanitäters und über die Beförderung von Personen mit Krankenkraftwagen
		Einheitliche Gliederung und Leitstelle des Rettungsdienstes
		Stationierung eines Rettungshubschraubers
		Einrichtung weiterer Unfallrettungswachen in den Stadtrandgebieten
		Änderung des Gesetzes über den Feuerschutz im Lande Bremen (Verbesserung des vorbeugenden Brandschutzes; Regelungen für Freiwillige Wehren)
		Einrichtung einer Landesfeuerwehrschule
94. Ausbau des Katastrophenschutzes und der Zivilverteidigung	Zusammenfassung des Feuerschutzes, des Katastrophenschutzes und der Zivilverteidigung	Aufstellung und Ausrüstung der Einheiten (Zehn-Jahres-Plan)
	Zusammen mit dem Bund Herrichtung von Schutzplätzen (erste Baustufe 96 017 Plätze; Vollschutz 8 312 Plätze; Vollschutz im Bau 10 030 Plätze)	Planung von 6678 Schutzplätzen mit Vollschutz
	Neufassung der Katastrophenschutzordnung	Durchführung des Gesetzes über die Erweiterung des Katastrophenschutzes
XV. Rechtsschutz für alle Bürger verbessern		
95. Zusammenfassung der Gerichte	Zusammenfassung aller bremischen Gerichte mit Ausnahme der Arbeitsgerichtsbarkeit beim Senator für Rechtspflege und Strafvollzug seit 1. 10. 1972 (Gesetz zur Vereinheitlichung der Dienstaufsicht vom 11. Juli 1972 — Brem.GBl. Seite 147)	

Regierungserklärung vom 15. Dezember 1971	geleistet	in Arbeit
96. Maßnahmen zur Stärkung der Unabhängigkeit und Förderung der Verantwortlichkeit der Richter sowie zur Straffung und Beschleunigung des gerichtlichen Verfahrens	Im wesentlichen Unterstützung von Reformmaßnahmen der Bundesgesetzgebung: — Entwurf eines 1. Justizreformgesetzes (dreistufiger Aufbau der ordentlichen Gerichtsbarkeit; Erweiterung der Zuständigkeit des Einzelrichters am künftigen Eingangsgericht; Änderung des Rechtsmittelzuges in Strafsachen)	
	— Entwurf eines 1. Gesetzes zur Reform des Ehe- und Familienrechts (Einrichtung von Familiengerichten)	Einrichtung von Familiengerichten beim Amtsgericht
	— Entwurf eines 1. Gesetzes zur Reform des Strafverfahrensrechts (Straffung und Beschleunigung des gerichtlichen Verfahrens)	
		Einrichtung weiterer Kammern des Landgerichts nach dem „Stuttgarter Modell" (Erledigung des Rechtsstreits in nur einer mündlichen Verhandlung)
97. Verbesserung der Aus- und Fortbildung der Bediensteten sowie der Arbeitsplatzbedingungen	Vereinbarung über die Deutsche Richterakademie Trier vom 12. 1. 1973 (jährliche Entsendung von 21 Richtern und Staatsanwälten)	Ausbildungsordnungen für Rechtspfleger und für den mittleren Justizdienst
	Zusammenarbeit mit Niedersachsen im Rahmen des Fortbildungsprogramms Niedersachsen (jährlich 30 Richter, Staatsanwälte und Rechtspfleger)	
	Entwurf eines gemeinsamen Ausbildungserlasses des Senators für Inneres sowie des Senators für Rechtspflege und Strafvollzug über wechselseitige Einweisung von Kriminalbeamten und Staatsanwälten in die jeweiligen Arbeitsgebiete (s. auch Ziffer 89)	
	Jeder zweite in den bremischen Dienst eintretende Richter auf Probe arbeitet zunächst für neun Monate im staatsanwaltschaftlichen Dienst.	Jeder Richter auf Probe arbeitet für mindestens ein Jahr im staatsanwaltschaftlichen Dienst.
	Beginn des zweiten Bauabschnitts des Gerichtszentrums an der Ostertorstraße (11,9 Mill. DM)	Fertigstellung 1974 Planung des dritten Bauabschnitts des Gerichtszentrums (Bau in der neuen Legislaturperiode)
98. Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität	Einrichtung einer Wirtschaftsstrafkammer (§ 74 c GVG)	
	Schulung von Richtern und Staatsanwälten auf der Bundesfinanzakademie und Teilnahme von Staatsanwälten an Kursen für Mitarbeiter von Schwerpunktstaatsanwaltschaften in Nordrhein-Westfalen	
	Personelle Verstärkung der Wirtschaftsabteilung der Staatsanwaltschaft	Weitere personelle Verstärkung der Wirtschaftsabteilung der Staatsanwaltschaft (u. a. durch einen Diplom-Betriebswirt)

Regierungserklärung vom 15. Dezember 1971	geleistet	in Arbeit
XVI. Straffällige resozialisieren		
99. Reform des Strafvollzuges		
a) Organisatorische Maßnahmen	Vollzugsmäßige Verselbständigung der einzelnen bremischen Strafanstalten	Einrichtung eines Strafvollzugsamtes
		Anpassung des § 26 des Ausführungsgesetzes zum GVG an die neue Organisation des Strafvollzuges
		Neustrukturierung der Wirtschaftsbetriebe in den Strafanstalten auf privatwirtschaftlicher Basis
b) Sozialisation der Gefangenen	Maßnahmen für die Aus- und Fortbildung von Gefangenen: — Nachträglicher Hauptschulabschluß — Gesellenprüfungen — Lehrbaustelle — Lehrgänge — Kurse zusammen mit der Volkshochschule	Konzept zur Einführung des Behandlungsvollzugs in Bremen zur Ermöglichung von Kleingruppenarbeit unter intensiver Betreuung von fachkundigem Personal
		Reform des Bibliothekswesens in den Strafanstalten
		Regelung des Einsatzes von ehrenamtlichen Vollzugshelfern
		Gründung eines Sportvereins für Gefangene
	Einrichtung von Anstaltsbeiräten sowie einer Vollzugsplankonferenz in der Haftanstalt Bremerhaven und einer Zugangskonferenz in den Strafanstalten Oslebshausen	
	Änderung der Regelungen für den Ausgang und Urlaub von Strafgefangenen, über den Schriftverkehr mit der Außenwelt und die Besuchsregelung; Zulassung einer Gefangenenzeitung; Erleichterung der Einstufung als Freigänger	
	Konzept zur Behandlung drogenabhängiger Gefangener	
c) Strafvollzugsbedienstete	Entwurf einer neuen Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Vollzugspersonal zur Vorbereitung auf den Behandlungsvollzug	Intensivierung der Fortbildung des Vollzugspersonals
		Rechtliche Grundlagen zur Überführung berufserfahrener älterer Beamter nach einem verkürzten Lehrgang in den gehobenen Vollzugsdienst
	Verstärkte Personalwerbung unter Einschaltung einer Werbeagentur	
	Stufenplan zur Beseitigung der Personalnot im Strafvollzug, zukünftig auch zur Einführung des Behandlungsvollzugs	
d) Baumaßnahmen	Fertigstellung der Jugendstrafanstalt (Baubeginn 1965 — 18 Mill. DM)	Neubau eines Besuchspavillons in den Strafanstalten Oslebshausen
	Bau eines Sportpavillons in der Jugendarrestanstalt Lesum	Bau einer halboffenen Anstalt und eines Freigängerhauses (Baubeginn 1974)
		Bau eines Werkhofes (Baubeginn 1974)
		Bau einer Spielhalle in den Strafanstalten Oslebshausen
		Anlage eines Sportplatzes in den Strafanstalten Oslebshausen
		Bau eines Werkraumes für die arbeitstherapeutische Behandlung dro-

Regierungserklärung vom 15. Dezember 1971	geleistet	in Arbeit
		genabhängiger jugendlicher Gefangener sowie Errichtung einer Mehrzweckhalle für die Beschäftigung jugendlicher Untersuchungsgefangener
100. Verstärkung der Bewährungshilfe	Personalverbesserungen bei der Bewährungshilfe Zusammenarbeit mit dem Sozialamt bei der Beschaffung von Kleidung, Möbel und Hausrat	Einsatz ehrenamtlicher Bewährungshelfer Weitere Senkung der Zahl der von dem einzelnen Bewährungshelfer zu betreuenden Probanden Bau eines Probandenheimes (voraussichtlicher Baubeginn 1974)
XVII. **Juristenausbildung reformieren**		
101. Einphasige Juristenausbildung	Bremisches Juristenausbildungsgesetz vom 3. Juli 1973 (Brem.GBl. S. 177)	Einrichtung eines Ausbildungs- und Prüfungsamtes für die einstufige Juristenausbildung
XVIII. **Verwaltungsorganisation straffen und rationalisieren**		
102. Straffung der Ressortzuständigkeiten	Koordinierung Umweltschutz durch Neuschaffung des Ressorts „Senator für Gesundheit und Umweltschutz" Bildung einer Projektgruppe „Organisationswesen und Verwaltungsreform" Zusammenfassung des Liegenschaftswesens beim Senator für Finanzen Zuordnung innerstädtischer Verkehrsangelegenheiten (Planung, Bau und Vermietung von Nahverkehrsanlagen) sowie des Kataster- und Vermessungswesens zum Senator für das Bauwesen Zuordnung des städtischen Verkehrsamtes zur Presse- und Informationsabteilung der Senatskanzlei Bereinigung und Straffung der Tätigkeit von Senatskommissionen Verabschiedung einer Geschäftsordnung des Senats	Erarbeitung einer Konzeption zur Trennung der Aufgaben innerhalb der senatorischen Bereiche nach Vollzug und Gestaltung durch die Projektgruppe
103. Moderne Führungsmethoden einführen	Planung eines Personalinformationssystems (PIS) Untersuchung der Möglichkeiten einer Neuordnung des Zeichnungsrechts in der Verwaltung	Aufbau eines Personalinformationssystems (1. Stufe bis Ende 1974) Neuordnung des Zeichnungsrechts
104. Verwaltung rationalisieren	Neubau eines Rechenzentrums (18,8 Mill. DM — Fertigstellung Ende 1973) Automatisierung der Vergütungsberechnung für Angestellte Untersuchung weiterer Einsatzmög-	Landesdatenschutzgesetz Aufbau eines Planungsinformationssystems — Umstellung der Einwohnermelde-

	geleistet	in Arbeit
	lichkeiten der ADV (Löhne, Einwohnerwesen, Polizei, Ausbildungsförderung, Kriegsopferversorgung, Bildungswesen, Krankenhauswesen, Haushalts-, Kassen-, Rechnungswesen, Steuern)	kartei — Untersuchung der Einsatzmöglichkeiten der ADV für die Sozialhilfe und für das Bauwesen
	Organisationsuntersuchungen	
	Umstellung und Optimierung von Einzelaufgaben durch Datenverarbeitung	**(Langzeitaufgabe)**
		Verbesserung der Verwaltungsorganisation durch ein Verwaltungszentrum Bremen-Nord
	Fortsetzung der Sicherungsverfilmung Fortbildungslehrgänge in Netzplantechnik	**(Langzeitaufgabe)**
	Vorlage einer organisationssoziologischen Untersuchung der bremischen Verwaltung durch die Projektgruppe „Organisationswesen und Verwaltungsreform"	Auswertung
	Organisationsuntersuchungen Bauamt Bremen-Nord, Jugendamt, Personalbedarf Strafvollzug, Personalbedarf Feuerwehr, Meßzahlen, Sozialamt	Organisationsuntersuchungen Personalverwaltung und -planung beim Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst, Wohngeld, Hochbauamt, Fernmeldetechnisches Amt, Krankenpflegedienst, fürsorgerischer Dienst Neubau eines Dienstgebäudes für die Bauverwaltung
105. Arbeitsbedingungen der Verwaltung verbessern	Einrichtung einer Personalausgleichsstelle (PAS)	Intensivierung des Personalausgleichs Allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit von 42 auf 40 Stunden ab 1. 10. 1974 Erhebung über den Ist-Bestand an Büroraum
106. Dienstrecht modernisieren und Fortbildung fördern	Mitarbeit bei der Grundlagenerarbeitung für die Reform des öffentlichen Dienstrechts auf Bundesebene (Gutachten der Studienkommission im Mai 1973 vorgelegt)	Grundlagenprüfung der Errichtung einer externen Fachhochschule für Verwaltung
	Änderung des Laufbahnrechts (Wegfall von Beförderungsschranken)	Uberarbeitung des Reisekosten- und des Umzugskostenrechts
	Verstärkung des Fortbildungsprogramms für Angehörige des öffentlichen Dienstes	
XIX. **Verwaltung demokratisieren**		
107. Tätigkeit der Beiräte ausbauen, Bildung von Stadtteilbeiräten	Aufnahme der Tätigkeit von neun Stadtteilbeiräten und vier den Beiräten zugeordneten Ämtern im ersten Halbjahr 1972	
108. Bürgernahe Verwaltung weiter ausbauen	Einrichtung einer Außenstelle des Ortsamtes Osterholz	Prüfung von Möglichkeiten für die Errichtung von Bezirksämtern und/oder Sozialzentren
	Herrichtung eines Gemeinschaftshauses im Bereich des Ortsamtes Blockland	Neubau Ortsamt Obervieland mit 10. Polizeirevier (2,6 Mill. DM)

Regierungserklärung vom 15. Dezember 1971	geleistet	in Arbeit
		Neubau Ortsamt Huchting mit 9. Polizeirevier (3 Mill. DM)
109. Verstärkung der Informationstätigkeit der Verwaltung	Verstärkung der Außeninformationen (Artikeldienst „Bremen spezial"; Fotodienst)	Fortsetzung der Image-Kampagne Bremen (3. Phase)
	Verstärkung der internen Informationen (Ausbau „Mitteilungen der Pressestelle des Senats", des „Pressespiegels", des Ausschnittdienstes für Senatsressorts, Aufzeichnung von Rundfunk- und Fernsehsendungen)	Völlige Überarbeitung des Handbuchs „zuhause in Bremen"
	Koordinierung der Öffentlichkeitsarbeit der Senatsressorts im „Arbeitskreis für Öffentlichkeitsarbeit"	Ausstellung „Bremen heute" als Wanderausstellung im Bundesgebiet
	Aufbau der Informationsausstellung „Bremen heute"	

Carl Schünemann Bremen